

# **DIE LINKE.**

**i n K a r b e n**



■ Am 22. September sind  
■ Bundestagswahlen.  
■ In der Wetterau kandi-  
■ diert Gabi Faulhaber  
■ aus Karben-Petter-  
■ weil für **DIE LINKE**.  
■ Sie ist Kreistagsabge-  
■ ordnete und stellver-  
■ tretende Landesvor-  
■ sitzende der Linken  
■ Hessen.

**DIE LINKE.**  
Kreistagsfraktion  
fordert vom Landrat,  
das restriktive  
Vorgehen der  
Ausländerbehörde  
zu beenden.

**Lesen Sie Seite 4**

**Juni 2013 / Nummer 30**

## **Wirtschaftlichkeit darf nicht erstes Ziel sein**

Wohnen ist ein Menschenrecht. Damit ist klar: bezahlbarer Wohnraum ist eine Aufgabe der Politik. Auch Geringverdiener müssen sich in Karben eine Wohnung leisten können. Wirtschaftlichkeit kann nicht das erste Ziel kommunaler Wohnungspolitik sein.

Die Karbener WoBau besitzt aktuell nur noch 91 Wohnungen. Davor wurde eine Vielzahl renovierungsbedürftiger Wohnungen verkauft, weil man die Sanierungskosten scheute.

Mit den Erlösen sollen jetzt wenige neue Wohnungen „die den Anforderungen von Mietern“ genügen, geschaffen werden. Fraglich ist nur, wer sich die Mieten

*Fortsetzung Seite 3*

## **Stadtrat Ottens kocht auch nur mit Wasser**

Die Sanierung des Hallenbads wird erheblich teurer als geplant. Stadtrat Ottens, bekannt für seine aggressiven Attacken gegen die politische Opposition, ist verantwortlich. Steigen jetzt die Eintrittspreise?

Der Stadtrat der Freien Wähler musste dem Parlament mitteilen, dass die Kosten für die Renovierung des Karbener Hallenbads

erheblich höher ausfallen als ursprünglich geplant. In Anbetracht dieser Mehrkosten von einigen Hundert-

*Fortsetzung auf Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1

## **Ottens kocht auch nur mit Wasser**

tausend Euro, kann man sich gut vorstellen, wie Ottens den früheren Magistrat attackiert und ihm mangelndes Kostenmanagement vorgeworfen hätte. Jetzt muss er feststellen, dass auch mit ihm Verteuerungen eintreten können.

*DIE LINKE.* befürchtet, dass nach der Wiederer-

öffnung die Eintrittspreise steigen werden. Denn Ottens äußerte bereits: früher sei der Eintritt so billig gewesen, dass Frankfurter Bürger trotz Bahnticket günstiger in Karben baden konnten, als in Frankfurter Bädern.

Karlheinz Hofmann, Stadtverordneter der Linken, fordert stabile Eintrittspreise, die auch Karbener Bürger/innen bezahlen können, die weniger gut verdienen.

## **Rotes Kreuz ausgesperrt?!**

**Dass eine Stadt freiwillig soziale Verpflichtungen eingehen kann, ist dem Magistrat fremd.**

Der Magistrat hatte im Februar den Mietvertrag mit dem Roten Kreuz für Räume und die Garage im Degenfeld'schen Schloss gekündigt. Jahrelang hatte die Stadt die Räume mietfrei zur Verfügung gestellt. Das Heimatmuseum und der Jugendclub dürfen bleiben, weil die Stadt Miete an die neuen Besitzer zahlt. Das Rote Kreuz kann die Miet-

kosten nicht stemmen. Die Stadt Karben sollte weiterhin die Kosten tragen, damit das Rote Kreuz in der südlichen Wetterau einen Standort hat. Für eine solche freiwillige soziale Verpflichtung muss die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Stadtpolitik zurückstehen! Solidarität hat hier Vorrang - zum Wohle der Bürger/innen in Karben!

## **Genug gekürzt!**

**Reichtum**

**besteuern.**

**Menschen**

**vor Profite.**



■ Am 22. September sind  
■ auch Landtagswahlen.  
■ Im Wahlkreis 25 - Wetterau Süd - kandidiert  
■ Rudi Kreich aus Nidda-  
■ tal-Assenheim für *DIE*  
■ *LINKE.* Kreich arbeitet  
■ als Techniker und ist  
■ Kreistagsabgeordneter.

## **Weitersagen!**

Im XXL-Copyshop / City-Center Karben / können Unterlagen kostenlos und rechtssicher an das Jobcenter oder Sozialamt gefaxt werden.

Fortsetzung von Seite 1

## Wirtschaftlichkeit darf nicht erstes Ziel sein

dieser Wohnungen leisten kann. Stadtrat Stein bemängelte öffentlich, dass die Opposition im Aufsichtsrat der Wobau keine Anträge für mehr günstigen Wohnraum in Karben stellt. DIE LINKE hat leider keinen Vertreter in der Wobau, sonst würden wir das übernehmen.

Der von CDU/FW/FDP dominierte Aufsichtsrat der Wobau kommt natürlich selbst nicht darauf, für solche Anträge zu sorgen.

Im Gegenteil: nach der Amtsübernahme von Rahn und Stein, beschloss der Aufsichtsrat, dass die Ertragssituation durch Verkäufe nicht mehr rentabler Liegenschaften zu verbessern sei.

Viele Karbener sind allerdings der Meinung, dass eine am Gemeinwohl orientierte Stadt dafür sorgen muss, dass nicht immer mehr städtischer Besitz in private Hände übergeht. Privatbesitzer haben nicht

mehr Kompetenz im Umgang mit sanierungsbedürftigem Wohnraum, als die Stadt selbst. Private Besitzer kaufen nicht, damit Karbener Bürger/-innen günstig wohnen können, sondern weil sie mit den öffentlichen Wohnungen Profite erzielen wollen.

Wir LINKE meinen: öffentliche Daseinsvorsorge sieht anders aus. Karben muss mehr städtische Wohnungen bauen und sie zu bezahlbaren Preisen vermieten, damit Menschen mit kleineren Einkommen auch zukünftig in Karben wohnen können.



Die Schatten der Vergangenheit.  
Oder: Das wahre Schattenkabinett...

## Schallende Ohrfeige

Die hessische Landesregierung verlor vor dem Staatsgerichtshof. Es war Unrecht, die Finanzzuweisungen für die Kommunen um 350 Millionen zu kürzen.

Am 21. Mai 2013 hat der Staatsgerichtshof festgestellt, dass die Landesregierung nicht willkürlich bestimmen darf, wie viel Geld die Kommunen bekommen. Das Land muss eine angemessene Finanzausstattung bereitstellen. Sonst können die Kommunen ihre Aufgaben nicht erfüllen. Auch hätte erst mal ermittelt werden müssen, wie hoch der Finanzbedarf der Kommunen ist.

Die hessischen Städte, Gemeinden und die Landkreise sind momentan dramatisch unterfinanziert und ihre Aufgaben sind gewachsen.

DIE LINKE im hessischen Landtag forderte, sofort einen Nachtragshaushalt für 2013/2014 zu erstellen und damit nicht bis 2016 zu warten.

## ***DIE LINKE.* im Kreistag**

### Flucht ist kein Verbrechen!

**Die Ausländerbehörde des Wetteraukreises missachtet Gerichtsbeschlüsse und hat eine ganz eigene Rechtsauffassung. Für ihre restriktive Politik ist sie berüchtigt. Das muss sich ändern!**

Das Ausländeramt des Wetteraukreises hat in Hessen traurige Berühmtheit erlangt. Betroffene und Anwälte beklagen das restriktive Vorgehen der Fachstelle. Immer wieder werden Ungereimtheiten oder besondere Härten im Umgang mit Flüchtlingen öffentlich.

Im vergangenen Dezember wurde bekannt, dass diese Behörde eine Familie zur Verlängerung ihrer Papiere einbestellt hatte, sie aber stattdessen verhaften und von der Polizei zum Flughafen fahren und abschieben ließ. Ebenfalls im Dezember 2012 erstritt ein Mann aus Eritrea gerichtlich eine Aufenthaltsgenehmigung, die ihm aber vom Ausländeramt bis Ende April noch nicht erteilt worden war. Stattdessen soll die Behörde eine Aus-

weisung nach Italien vorbereitet haben.

DIE LINKE. Fraktion im Kreistag fordert: Der Landrat hat die Dienstaufsicht. Die Ausländerbehörde muss in aller Konsequenz geprüft werden. Sollten sich die Vorwürfe nicht entkräften lassen, sind personelle Konsequenzen zwingend. Die Leitung des Fachdienstes muss dann abgelöst werden.

Flucht ist kein Verbrechen. Flüchtlinge sind keine unberechtigten Eindringlinge in unser Land. Es kann nicht sein, dass man eher nach Gründen sucht, die gegen Flüchtlinge sprechen, als sie zu beraten und zu unterstützen. Der Wetteraukreis sollte auch im Ausländeramt sein eigenes Leitbild befolgen und alle Menschen gleich behandeln.